

Antrag 71/II/2025**SPDqueer Berlin LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Wo queere Menschen verfolgt werden, ist es nicht sicher!**

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die so-
2 zialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und
3 des Bundesrats werden aufgefordert, sich dafür einzuset-
4 zen, dass kein Land, in denen einvernehmliche homose-
5 xuelle Handlungen unter Strafe stehen, zu einem siche-
6 ren Herkunftsstaat erklärt wird. Sie werden insbesonde-
7 re aufgefordert, die Aufnahme von Algerien, Marokko und
8 Tunesien auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten abzuleh-
9 nen und sich für eine Streichung von Senegal und Gha-
10 na von dieser Liste einzusetzen. Die sozialdemokratischen
11 Mitglieder der Landesregierungen werden aufgefordert,
12 sich für ein entsprechendes Abstimmungsverhalten ihrer
13 Länder im Bundesrat einzusetzen.

14

Begründung

16 Gemäß Artikel 16a Absatz 3 des Grundgesetzes können
17 durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrats be-
18 darf, Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund
19 der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemei-
20 nen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass
21 dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche
22 oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfin-
23 det. Stammen Geflüchtete aus einem solchen sicheren
24 Herkunftsstaat, so wird grundsätzlich vermutet, dass sie
25 keiner Verfolgung ausgesetzt sind.

26

27 Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf Bun-
28 desebene wurde vereinbart, die Liste der sicheren Her-
29 kunftsstaaten zu erweitern, unter anderem durch Einstu-
30 fung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sicher“.

31

32 In allen drei Staaten werden einvernehmliche gleichge-
33 schlechtliche Handlungen strafrechtlich verfolgt. Gleiches
34 gilt für Senegal und Ghana, die bereits als sichere Her-
35 kunftsstaaten eingestuft sind.

36

37 In Ländern, in denen Homosexualität verboten ist, kann
38 nicht davon ausgegangen werden, dass dort weder poli-
39 tische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigen-
40 de Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Eine entspre-
41 chende Einstufung solcher Länder ist abzulehnen.

42

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

In Ergänzung und Bekräftigung der Beschlusslage werden
die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die so-
zialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und
des Bundesrats aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass
kein Land, in denen einvernehmliche homosexuelle Hand-
lungen unter Strafe stehen, zu einem sicheren Herkunfts-
staat erklärt wird. Sie werden insbesondere aufgefordert,
die Aufnahme von Algerien, Marokko und Tunesien auf die
Liste sicherer Herkunftsstaaten abzulehnen und sich für
eine Streichung von Senegal und Ghana von dieser Lis-
te einzusetzen. Die sozialdemokratischen Mitglieder der
Landesregierungen werden aufgefordert, sich für ein ent-
sprechendes Abstimmungsverhalten ihrer Länder im Bun-
desrat einzusetzen.